

Bankraub oder Cross-Border-Leasing

Der Unterschied zwischen einem Oberbürgermeister und einem einfachen Angestellten

Jochen Franz, ein Bankangestellter aus Mosbach, hat reichen Kunden mit Konto-Manipulationen mehr als zwei Millionen Euro gestohlen und das Geld auf die Konten von sozial Schwachen überwiesen. Franz (Name geändert) hat damit gegen geltendes Recht verstoßen. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den 45-Jährigen ermittelt, weil der Anfangsverdacht offenkundig war. Und sie hat Frank schließlich angeklagt.

Wolfgang Schuster, der Oberbürgermeister von Stuttgart und Vorsitzende von zwei Zweckverbänden, hat gemeinsam mit den zuständigen Gremien die Bürger in Baden-Württemberg mit Finanzmanipulationen um Millionen Euro ärmer gemacht. Der Gewinn der Transaktionen zu Lasten der Landes-

wasser- und der Bodenseewasserversorgung kommt reichen Spekulanten und Banken zu Gute. Der 59-jährige Oberbürgermeister hat sich damit nach Meinung von Kritikern wegen Untreue strafbar gemacht. Außerdem hat er gegen seine Dienstpflichten verstoßen. Trotzdem hat die Staatsanwaltschaft keinen hinreichenden Tatverdacht gesehen und deshalb gegen Schuster (und seine Helfer im Gemeinderat) nicht ermittelt. Begründung: Untreue liege schon deshalb nicht vor, weil der OB die eingegangenen Folgerisiken nicht oder falsch bewertet habe. Auch eine Pflichtverletzung konnten die Staatsanwälte nicht finden. Denn bei Cross-Border-Leasing gehe es um „im Vertragswerk versteckte, bei bestimmten Eventuali-

täten sich realisierende Risiken“. Langer Rede, kurzer Sinn: Der alte Grundsatz „Unwissenheit schützt vor Strafe nicht“ gilt bei Schuster nicht.

Der Bankangestellte Jochen Franz ist von niemandem angestiftet worden. Die Transaktionen hat er heimlich, still und leise vorbereitet und ohne Helfer durchgeführt.

Schuster und die übrigen Verantwortlichen sind von Finanzjongleuren, ihren Beratern und Anwälten angestiftet worden. Die Transaktionen ließ er heimlich, still und leise vorbereiten und mit Hilfe mehrerer Banken durchführen.

Jochen Franz hat eine Bank beziehungsweise deren Versicherung geschädigt, Wolfgang Schuster die Bürgerinnen und Bürger, die für seine Geschäfte bür-

gen und einen höheren Wasserpreis bezahlen müssen.

Vor Gericht legte Franz ein umfassendes Geständnis ab. Zu seinen Motiven sagte er: „Ich hatte Mitleid mit Arbeitslosen und sozial Schwachen und wollte ihnen helfen.“ Schuster und die Gemeinderäte, die seine Politik unterstützt hatten, haben nie ein Geständnis abgelegt. Sie haben sich nicht einmal entschuldigt. Schuster machte den globalen „Finanz-Tsunami“ für den Millionen-Schaden verantwortlich.

Das Landgericht verurteilte Franz schließlich wegen Untreue in 168 Fällen zu knapp drei Jahren Gefängnis. Schuster und seine Helfer müssen sich vor keinem Gericht verantworten.

Die sozial Schwachen und die Arbeitslosen, die die Überweisungen von Jochen Franz akzeptierten, dürften sich der Hehlerei schuldig gemacht haben. Denn sie wussten, dass ihnen das Geld nicht zusteht. Dies dürfte aber auch für die Investoren und Banken gelten, die die Überweisungen aus Baden-Württemberg akzeptierten. Denn sie wussten, dass das Geschäft unter Vortäuschung falscher Tatsachen zustande kam und das Risiko ausschließlich bei der öffentlichen Hand liegt. Auch das kein Fall für die Staatsanwaltschaft: Ob die Leasingverträge sittenwidrig und damit nichtig seien, könne man nicht beurteilen, erklärte die Behörde.

Epilog:

Die Geschichte klingt wie eine schlechte Parabel. Doch sie entspricht den Tatsachen. Während der Bankangestellte Franz ein Einzeltäter war, hatte Schuster etliche Helfer, Bürger- und Oberbürgermeister, Stadträte sowie Berater und Anwälte. Im Stuttgarter Gemeinderat hatten sich über viele Jahre alle großen Fraktionen für die CBL-Geschäfte ausgesprochen, CDU, SPD, FDP, die Grünen und die Freien Wähler.

die Steueroasen

Cross-Border-Leasing-Geschäfte waren für den Daimler-Konzern ein doppeltes Geschäft. Und immer auf Kosten der Steuerzahler – auch derer in der Region Stuttgart. Denn Daimler und die Daimler-Tochter *Debis* gehören zu den CBL-Arrangeuren und zu den CBL-Investoren. Beteiligt ist der Konzern zum Beispiel an den Geschäften mit den Stuttgarter Kläranlagen, dem Abwasserkanalnetz sowie mit der Bodensee- und der Landeswasserversorgung. Da diese Geschäfte über Steueroasen wie Wilmington/Delaware (USA) abgewickelt wurden, konnte der Konzern die Bilanzen zusammen mit weiteren Tricks so frisieren, dass er in Stuttgart oder Sindelfingen trotz großer Gewinne weit weniger oder über viele Jahre hinweg gar keine Gewerbesteuer abführen musste.

Beteiligt an den windigen CBL-Geschäften war auch die LBBW. OB Wolfgang Schuster ist stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der LBBW. Verzockt hatten sich aber auch die Landesbanken von Bayern, Sachsen und die West LB.

Die Wasser-Spekulanten der Region Stuttgart

Die Spekulanten mit Bodensee- und Landeswasser haben Namen. Stuttgarts Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU) war und ist in beiden Zweckverbänden der Vorsitzende. Stuttgarts Ex-Bürgermeister Klaus Lang (CDU) gehörte als Verwaltungsrat beiden Verbänden an, als das Wasser verhökert wurde. Ebenfalls mit dabei waren damals als Verwaltungsräte und -rätinnen Stadtrat Klaus Rudolf (CDU), Stuttgart, die Stuttgarter Stadträtinnen Dorit Loos (CDU) und Gisela Abt (SPD), Oberbürgermeister Jürgen Zieger (SPD), Esslingen, Oberbürgermeister Christof Eichert (parteilos), Ludwigsburg, Bürgermeister Walter Schmitt (FDP), Backnang, Bürgermeister Peter Stitzelberger, Korntal oder Bürgermeister Horst Schneider, Rudersberg.

CBL-Zocker-Verträge in der Region Stuttgart

Kommune, Verband	Vertragsabschluss	Anlage	Wert in US-Dollar	Beteiligte Arrangeure, Investoren und sonstige Banken
Stuttgart/Karlsruhe*	1998	Verwaltungsgebäude der EnBW in Stuttgart und Karlsruhe	303 Mio.	
Stuttgart	1999	Kläranlagen in Möhringen, Mühlhausen, Plieningen und Ditzingen	327 Mio.	Debis, Daimler-Chrysler, Bayern LB
Stuttgart	1999	137 Straßenbahnen	330 Mio.	Allco, DB Export-Leasing (Deutsche Bank)
Kreis Böblingen und weitere Partner**	2000	Müllverbrennungsanlage	200 Mio.	Sachsen LB, Bank of Amerika, AIG
Ludwigsburg	2000	Abwasserwerk	70 Mio.	LBBW, Bayern LB, West LB
Landeswasserversorgung ***	2001	Technische Infrastruktur und Fernwasserversorgung	688 Mio.	Debis, Dexia, Price Waterhouse Cooper, First Union
Bodenseewasserversorgung ****	2002	Technische Infrastruktur und Fernwasserversorgung	841 Mio.	Debis, Dexia, First Union, LBBW, Hypovereinsbank
Stuttgart	2002	Abwasserkanalnetz	530 Mio.	Debis, Daimler-Chrysler, Bayern LB

* 1998 war die Energie Baden-Württemberg (EnBW) in kommunaler Hand. Die EnBW gehörte 2002 zu 34,5 Prozent und 2007 zu 45 Prozent dem französischen Staatskonzern und Stromriesen EdF (Electricité de France). Inzwischen gehören die CBL-Gebäude wieder der EnBW.
 ** Der Zweckverband Müllheizkraftwerk gehört zu 52 Prozent dem Kreis Böblingen. Die übrigen Anteile halten die Stadt Stuttgart sowie die Kreise Calw und Freudenstadt.
 *** Zur Landeswasserversorgung gehören 108 Städte, Gemeinden und Verbände. Der Gemeinderat der Stadt Stuttgart hat 2002 den städtischen Anteil (33,3 Prozent) an die EnBW verkauft.
 **** Zur Bodenseewasserversorgung gehören 180 Städte, Gemeinden und Verbände. Der Gemeinderat der Stadt Stuttgart hat 2002 den städtischen Anteil (33,3 Prozent) an die EnBW verkauft.

Stuttgart publik / Mai 2009
ber-di